28.2.2016 - epd

Reformkatholiken rufen zu Ablehnung von TTIP auf

Osnabrück/Hildesheim (epd). Die reformkatholische Kirchenvolksbewegung "Wir sind Kirche" hat die Kirchen dazu aufgerufen, "eindeutig gegen TTIP und andere problematische Freihandelsabkommen" Stellung zu beziehen. Gleichzeitig müssten alle Politiker aufgefordert werden, diese abzulehnen, hieß es am Sonntag zum Abschluss der 38. Bundesversammlung in Osnabrück. Freihandelsabkommen dieser Art verstießen fundamental gegen die kirchliche "Option für die Armen", wie sie auch Papst Franziskus in seiner Enzyklika "Laudato si" formuliert habe.

Der Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück, Andreas Lienkamp, nannte die Umwelt- und Sozialenzyklika von Juni 2015 "einen Meilenstein in der Tradition päpstlicher Sozialverkündigung". Sie zeige, dass die Grundlagen einer ganzheitlichen Ökologie zentraler Bestandteil des Glaubens seien. Die Enzyklika liefere kein Weltuntergangsszenario, sagte Lienkamp. Die wissenschaftlich fundierte Realitätsbeschreibung mache vielmehr deutlich, wie dringend notwendig eine "kulturelle Revolution" sei, bei der die Kirche Anwältin für die Armen und Ausgegrenzten sei.

Außerdem unterstützt die Bundesversammlung nach eigenen Angaben die von Theologieprofessoren vertretene Forderung nach einer grundlegenden theologischen Aufarbeitung der Ursachen sexualisierter Gewalt und deren Vertuschung in der Kirche. Für die Aufklärung der Missbrauchsvorwürfe sollten alle deutsche Bistümer niederschwellige Kontaktstellen mit kirchenunabhängigen und speziell ausgebildeten Personen einrichten. Die jüngsten Vorfälle im Bistum Hildesheim und bei den Regensburger Domspatzen bewiesen, dass über die bisherige, in den einzelnen Bistümern sehr unterschiedlich geleistete Arbeit hinaus noch dringender Handlungsbedarf bestehe.

Abschließend forderten die Reformkatholiken die Bischöfe auf, einen konkreten Zeitplan und rechtlichen Rahmen für die Einberufung einer neuen Synode für die deutschen Diözesen vorzulegen. Die von den Bischöfen angekündigte unverbindliche Fortführung des fünfjährigen Gesprächsprozesses werde in keiner Weise dem Anspruch einer "synodalen Kirche auf allen Ebenen" gerecht, die Papst Franziskus und das Zweite Vatikanische Konzil für notwendig hielten.
Zuletzt geändert am 29.02.2016